

die plattform – die starke Stimme der Berufsleute

c/o Kaufmännischer Verband Schweiz
Reitergasse 9
Postfach
CH-8021 Zürich

info@die-plattform.ch
die-plattform.ch

Vorschau Herbstsession 8. – 26. September 2025

Empfehlungen

Nationalrat

Nr.	Geschäft	Beratung	Empfehlung
16.484	Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice	23.09.2025	Ablehnung: Anträge beachten 

Ständerat

Nr.	Geschäft	Beratung	Empfehlung
25.046	Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG). Änderung	08.09.2025	Zustimmung: Antrag beachten 
23.3389 23.3298 23.3296 23.3295 23.3297	Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung	08.09.2025	Zustimmung 
24.058	«Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)». Volksinitiative	11.09.2025	Zustimmung 
21.403	Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung	11.09.2025	Zustimmung 
24.096	Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen	24.09.2025	Ablehnung 
24.097	Einsicht in die Jahresrechnung der für die gemeinsame Durchführung verantwortlichen Organe	24.09.2025	Zustimmung 

Highlights

Bildung

- 25.046 Geschäft des Bundesrats (Behandlung im Ständerat)

Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG). Änderung

Annahme gemäss Vorschlag Bundesrat.

Das Massnahmenpaket beinhaltet folgende vier Massnahmen:

- Titelerweiterungen «Professional Bachelor» und «Professional Master»
- Bezeichnungsschutz «höhere Fachschule»
- Englisch als mögliche zusätzliche Prüfungssprache bei Berufs- und höheren Fachprüfungen
- Flexibilisierung der Nachdiplomstudiengänge (NDS)

Die höhere Berufsbildung ist ein zentraler Pfeiler des Schweizer Bildungssystems und entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Einheitliche, international verständliche Titelerweiterungen stärken die Sichtbarkeit und Anerkennung dieser Abschlüsse, fördern die Mobilität von Fachkräften und erhöhen die Attraktivität für Nachwuchstalente. Das vorliegende Massnahmenpaket ist das Ergebnis eines mehrjährigen, breit abgestützten Prozesses. Verbundpartner der Berufsbildung sowie Hochschulakteure wurden in zahlreichen Arbeitstagen und Vernehmlassungen intensiv einbezogen. Die vorgeschlagenen Titelerweiterungen – insbesondere die Lösung mit zwei Titeln für drei Abschlüsse – spiegeln einen sorgfältig ausgehandelten Kompromiss wider. Die neu von der WBK-S vorgeschlagene Ergänzung «Professional Bachelor in [Fachrichtung]» für Abschlüsse von höheren Fachschulen war nicht Teil dieses partizipativen Prozesses. Sie wurde weder mit den Verbundpartnern diskutiert noch in die konsensorientierte Systematik integriert. Wir empfehlen daher, das vom Bund verabschiedete Massnahmenpaket zur Annahme.

- 23.3389 Motion (Behandlung im Ständerat)
- 23.3298 Motion (Behandlung im Ständerat)
- 23.3296 Motion (Behandlung im Ständerat)
- 23.3295 Motion (Behandlung im Ständerat)
- 23.3297 Motion (Behandlung im Ständerat)

Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung

Teil des zur Annahme empfohlenen Massnahmenpakets Berufsbildung 25.046.

Fachkräfte

- 24.058 Geschäft des Bundesrats (Behandlung im Ständerat)

«Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)». Volksinitiative

Kernanliegen unterstützen.

Die Volksinitiative adressiert das Problem der hohen Kosten für familienexterne Betreuung und fordert einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf bezahlbare familienexterne Kinderbetreuung von guter Qualität und mit flächendeckendem Zugang. Finanziert werden soll das mit 2/3 durch den Bund und 1/3 durch die Kantone. Die Sicherstellung des Zugangs müsste durch die Kantone gewährleistet werden. Die Volksinitiative hat den Vorteil, dass Qualität und Arbeitsbedingungen bei der Kinderbetreuung sichergestellt werden müssten und dass die Bildungsgleichheit auch für Kinder ab 3 Jahren gefördert würde. Sie knüpft aber nicht an bestehende Finanzierungsgefässe an und verlangt auch keine Erwerbstätigkeit der Eltern für den Anspruch.

- 21.403 Parlamentarische Initiative (Behandlung im Ständerat)

Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung

Unterstützung für eine Förderung der Fachkräfte.

Die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung in der Schweiz sind, auch unter Berücksichtigung des Lohnniveaus, vergleichsweise hoch. Gerade für mittlere und höhere Einkommen setzt das negative Erwerbsanreize und die Standortattraktivität des Arbeitsplatzes Schweiz leidet darunter. Die parlamentarische Initiative will diese Situation durch eine Vergünstigung der Elternbeiträge durch Betreuungszulagen verbessern. Anspruchsberechtigt sind erwerbstätige Eltern oder solche in Aus- und Weiterbildung.

Beim jetzigen Stand der Beratungen befürwortet die Plattform den Vorschlag des Nationalrats, der die Programmvereinbarungen beinhaltet und somit die Förderung des Angebots gewährleistet, Qualität verbessert und institutionelle Plätze für Kinder mit Behinderungen schafft.

Der Vorschlag der vorberatenden Kommission, mit einer Mindestgrenze des Zweiteinkommens die Erwerbstätigkeit zu fördern, muss jedoch mit Vorsicht betrachtet werden. Relevant für den Anspruch sollte die Zeit in Erwerbstätigkeit oder Ausbildung sein, nicht die Höhe des Einkommens

Arbeit 5.0

- 16.484 Parlamentarische Initiative (Behandlung im Nationalrat)

Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice

Moderne Gesetzesgrundlagen, nicht einseitige betriebliche Flexibilisierung.

Die Plattform setzt sich seit Jahren für eine moderne Regulierung der Telearbeit ein, die auf alle Arbeitnehmenden im Homeoffice anwendbar ist – nicht nur auf eine privilegierte Minderheit. Die Gesundheit der Arbeitnehmenden muss im Zentrum stehen, nicht die betriebliche Flexibilisierung um jeden Preis. In diesem Sinn begrüsst die Plattform das vom Bundesrat eingebrachte Recht auf Nichterreichbarkeit für sämtliche Arbeitnehmenden. Der aktuelle Vorschlag hat jedoch weiterhin gravierende Mängel. Die Plattform empfiehlt daher Nichteintreten (Minderheit Amoos). Angepasst werden müssten vor allem:

- Anwendung der Regelung auf alle Arbeitnehmenden mit Homeoffice-Vereinbarung, unabhängig vom Autonomiegrad. (Entwurf Kommission NR).
- Klarheit und Verschriftlichung bei der Ausgestaltung von Telearbeitsvereinbarungen (Minderheit II).
- Mindestregelung für Telearbeit im Obligationenrecht (Minderheit Bregy).
- Verzicht auf Ruhezeitunterbrechungen – unterbrochene Ruhezeit ist keine Ruhezeit, belegen zahlreiche wissenschaftliche Studien und widerspricht dem Prinzip der Nichterreichbarkeit (Minderheit Roth David).
- Keine Sonntagsarbeit ohne Bewilligung – auch kürzere Arbeitstage am Sonntag bleiben belastend und Büroangestellte, die unter das Arbeitsgesetz fallen, lehnen Sonntagsarbeit ab (Minderheit II).

Die Vorlage in ihrer jetzigen Form ist ein Schritt in die falsche Richtung: Sie legalisiert bestehende problematische Praktiken zugunsten der Arbeitgebenden, anstatt moderne Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmenden im Homeoffice zu schaffen.

Mitgliederverbände der plattform

**kaufmännischer
verband**
gemeinsam sind wir zukunft.

A Angestellte
Schweiz

**SWISS
LEADERS**

**Swiss
Accounting**

SALESSWISS

**SWISS
ENGINEERING**
STV UTS ATS